

Momentum 09

Track #8: Demokratie unter Druck

Wie der Kapitalismus die Demokratie schwächt

1. Von der Systemkonkurrenz zum Ende der Geschichte

Aus den Auseinandersetzungen um Demokratie, Wohlstand und Verteilung im 19. und 20. Jhd. haben sich zwei Systeme etabliert, deren Konkurrenz bis zum Jahr 1989 weitgehend die politische Auseinandersetzung bestimmt hat.

Im marktwirtschaftlichen System des Westens wurden Elemente der wirtschaftlichen Demokratie (Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft, Arbeitsrechte) sowie Sozialsysteme und öffentliche Dienstleistungen teilweise aus Überzeugung eingeführt, teilweise konzidiert, weil man die kommunistische Option verhindern wollte. Gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen haben die Marktkräfte in Bahnen gelenkt, die den Bürgern eine vernünftige Beteiligung am Wohlstand und an den Entscheidungen in der Gesellschaft ermöglichten. Die Einkommens- und Vermögensverteilung wurde so korrigiert, dass Extreme vermieden wurden. Sozialsysteme wurden geschaffen, um die Bürger gegenüber den Wechselfällen des Lebens – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfälle – und im Alter abzusichern.

Nachdem der Wiederaufbauprozess abgeschlossen war, wurden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wieder schärfer, der Konsens in der Gesellschaft schwächer. In den 1970er und 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts setzte mit der Liberalisierung der Finanzmärkte der neoliberale Backlash ein.

Mit einer Welle von Liberalisierungen und Privatisierungen wurden die Voraussetzungen für eine Globalisierung geschaffen, die zusammen mit dem technischen Fortschritt völlig neue Rahmenbedingungen und Machtkonstellationen geschaffen und die Logik, nach der Unternehmen und weite Teile der Gesellschaft heute funktionieren, völlig verändert hat.

Dieser Prozess hatte mehrfache Machtverschiebungen zur Folge:

- von der Politik zur Wirtschaft – das stellt die Frage nach der Wirtschaftsdemokratie;

- von der nationalen auf die internationale Ebene – dort fehlen die erforderlichen Institutionen der Global Governance;
- von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft – und das ändert die Logik des gesamten Systems;
- geografisch – von den etablierten Industrieländern zu den neuen starken Akteuren in der Weltwirtschaft, die eine starke Nachfrage oder Ressourcen haben (China, Indien, Brasilien, Russland ...).

Diese Machtverschiebungen haben den Kapitalismus gegenüber der Demokratie gestärkt und die Welt nach einer Phase des Wachstums, in der gleichzeitig die Ungleichheiten deutlich zugenommen haben, mitten in die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten geführt.

Die Wurzeln der Krise gehen zurück auf die Agenda des politischen und wirtschaftlichen Mainstream der letzten 30 – 40 Jahre: Eine Deregulierung auf breiter Front verändert die Logik, nach der die Wirtschaft und weite Teile der Gesellschaft funktionieren, setzt Demokratie unter Druck, entfesselt die Finanzmärkte und verursacht steigende Ungleichheiten, die dazu führen, dass Konsum vielfach nur noch auf Kredit möglich wird. Die Ergebnisse sind bekannt.

Dieser Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen kam in allen Bereichen: Zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sinkende Realeinkommen und Lohnquoten, Anstieg der Working Poor, Abbau und Privatisierung von öffentlichen Leistungen und Sozialschutzsystemen („können wir uns nicht mehr leisten“). Pensionen wurden den Volatilitäten der Kapitalmärkte ausgesetzt. Risiken, die im Sinne des sozialen Zusammenhalts von der Gesellschaft getragen wurden, wurden zunehmend auf den Einzelnen abgewälzt.

Das Ziel bestand darin, die sozialen und politischen Errungenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts wieder zurückzudrehen, den Staat zurückzudrängen, die Machtbalance wieder zugunsten des Kapitals zu verändern, die Menschen damit zu beschäftigen, ihren Alltag zu meistern und sie von privaten Akteuren und Märkten abhängig zu machen. Gleichzeitig werden sie mit Hollywood-Entertainment „auf Konsum-Linie“ gebracht. Insgesamt: Das panem-et-circenses-Modell des alten Rom.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – von manchen als Ende der Geschichte bezeichnet – fielen die Beschränkungen der Systemkonkurrenz weg und der Weg für den neuen Kapitalismus war frei. Die Polarisierung in der Gesellschaft nahm zu. Die Arbeitnehmer wurden an den Rand der Armutsgrenze gedrängt. Ein modernes Nomadentum begleitete den wirtschaftlichen Strukturwandel. Die Politik des Wohlfahrtsstaates wurde durch bloße Armutsbekämpfung ersetzt. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft verlor an Stellenwert zugunsten – vielfach virtueller – individueller Entfaltungsmöglichkeiten. Die Rolle des Staates wurde in Frage gestellt, öffentliche Leistungen und Sozialsysteme wurden reduziert und/oder privatisiert, die Beteiligung der Sozialpartner in politischen Entscheidungsprozessen zurückgedrängt.

Informationen und Entscheidungen konzentrieren sich in der Hand einer neuen globalen Elite, die im eigenen Interesse die neuen Regeln setzt¹ und sich mit verschiedenen Methoden die Hegemonie über den öffentlichen Diskurs sichert. Weite Bereiche der Gesellschaft werden der Logik der (Finanz-) Wirtschaft unterworfen. Demokratie, die nach einer ganz anderen Logik funktioniert und deren Kerndimensionen Gleichheit und Freiheit sind gerät dabei zunehmend unter Druck. Im Kapitalismus ist Gleichheit kein zentraler Wert. Freiheit ist einer, wird allerdings sehr eng interpretiert: nicht thematisiert wird, daß der Einzelne über ausreichende materielle Mittel sowie Zugang zu Information, Macht und Wissen verfügen muß, um tatsächlich Freiheit leben und in der Demokratie mitgestalten zu können. Demokratie ist darüber hinaus mehr als freie Wahlen, es geht auch darum, wer die Regeln setzt².

2. Der Zusammenhang zwischen Macht, Verteilung und Demokratie

Folgt man Emmanuel Todd³ und der Wohlstandstheorie der Demokratie⁴, dann sind wesentliche Faktoren für die Entwicklung und Verbreitung von Demokratien die Alphabetisierung der Bevölkerung und die Verbreitung der Grundbildung in Verbindung mit einem Anstieg des Wohlstands und seiner relativ egalitären Verteilung.

¹ David Rothkopf (2008), Superclass. The World Power Elite and the World they are making, New York 2008.

² Robert Reich (2007): Wie der Kapitalismus die Demokratie umbringt, in: Foreign Policy, Sept./Oktober 2007

³ Emmanuel Todd (2003) Weltmacht USA – Ein Nachruf, München-Zürich 2003

⁴ Kevin Phillips (2002), Wealth and Democracy, New York 2002.

Je wohlhabender eine Nation ist, desto größere Chancen hat sie, die Demokratie aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die Streuung der Macht- und Wissensressourcen spielen eine entscheidende Rolle. Der Europarat⁵ sieht im sozialen Zusammenhalt eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit der Demokratie.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft, die vom Ausbau der höheren und universitären Ausbildungssysteme begleitet wird, führt dann allerdings zu einer zunehmenden Differenzierung. Die Demokratie mutiert in vielen Ländern zur Oligarchie, in der die breite Beteiligung der Bevölkerung an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen wieder erschwert wird.

Zu diesem Zweck werden die Grundlagen für eine solche Beteiligung geschwächt: Die materielle Basis wird reduziert (die Einkommens- und Vermögensverteilung geht auseinander), öffentliches Eigentum, öffentliche Leistungen und Sozialsysteme werden abgebaut oder privatisiert. Der Zugang zu den Informationen und zum Wissen in einer Gesellschaft wird eingeschränkt (über Zutrittsschranken zur höheren Bildung und die Etablierung privater Bildungseinrichtungen). Hart erkämpfte Instrumente der Mitentscheidung und Mitgestaltung, darunter Sozialpartnerschaft, Sozialer Dialog und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen, insbesondere auf der überbetrieblichen Ebene, werden geschwächt, die Beteiligung an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Gezielter Abbau von Schranken für die Weltwirtschaft sorgt dafür, dass nicht nur Unternehmen global konkurrieren, sondern auch Staaten und Arbeitnehmer weltweit zueinander in Konkurrenz treten und in einem grenzenlosen Standortwettbewerb gegeneinander ausgespielt werden.

Die Mittelschicht verschwindet. Die relativ, aber auch absolut ärmer werdenden Bevölkerungsgruppen werden mit Shopping als Freizeitvergnügen und Hollywood Entertainment abgelenkt – nach dem Modell von „Brot und Spiele“ des alten Rom.

⁵ Europarat (2002) *Stratégie de Cohésion Sociale*, Strasbourg 2002
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc

Die treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung sind jene, die von einer deregulierten Welt profitieren, in der sich die Stärkeren durchsetzen und die Schwächeren auf der Strecke bleiben. Vor einigen Jahren hatte ich angenommen, daß sich das ändern wird, wenn sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen soweit verschlechtert haben, dass die Menschen sich existentiell bedroht fühlen, sich der Interessenlagen und der Attacken bewusst werden und sich wehren. Mittlerweile stecken wir in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, Juan Somavia warnt vor zunehmenden sozialen Spannungen, aber die Alternativangebote bleiben aus und die Treiber der alten Agenda formieren sich bereits wieder und fordern immer lauter eine Rückkehr zur alten Agenda der Strukturreformen, nachdem die unmittelbaren Bedrohungen für das System bereinigt sind.

3. Der neoliberale Backlash und die damit verbundenen Machtverschiebungen

Welche Formen sie annehmen und welche Folgen sie haben

a) Die Verschiebung der Macht von der Politik zur Wirtschaft

Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung haben zusammen mit dem technischen Fortschritt eine Internationalisierung der Wirtschaft ermöglicht, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus einen exponentiellen Verlauf genommen hat. Unternehmen sind in diesem Umfeld in Größendimensionen hineingewachsen, die es ihnen ermöglichen, die Macht von Nationalstaaten herauszufordern. Staaten befinden sich im globalen Wettbewerb um Steuern und Investitionen – das hat zur Folge, daß Investoren und Unternehmen Staaten unter Druck setzen können, positive Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen: das reicht von Steuersenkungen, über Förderungen, günstige rechtliche Regelungen, z.B: Prekarisierung der Arbeits- und Sozialrechte, Abbau der Sozialsysteme, Orientierung der Bildungssysteme an den Bedürfnissen der Unternehmen, Produktion der gewünschten Skills auf Kosten der Öffentlichkeit, Verbrauch von Ressourcen und Verursachung von bleibenden Umweltschäden ohne Rücksicht auf künftige Generationen etc.

b) Die Verschiebung der Macht von der nationalen auf die internationale Ebene

Die globale Verflechtung der Wirtschaft und vor allem der Finanzmärkte sowie der globale Charakter der neuen Herausforderungen – Ressourcenknappheit, Klimawandel und seine Folgen, Nahrungsmittelversorgung, Pandemien etc. erfordern eine intensive internationale Zusammenarbeit, weil die Lösung dieser Probleme einzelne Staaten – auch große –

überfordert. Dies gilt auch für nichtstaatliche Akteure (Politische Parteien, Gewerkschaften etc.). Im Gegensatz zur Wirtschaft, die schon seit langem global vernetzt agiert, fehlen allerdings den anderen Akteuren die Governance – Strukturen auf der internationalen Ebene oder sie sind zu schwach.

Die Schaffung internationaler Organisationen, die Entwicklung regionaler Strukturen der Zusammenarbeit sowie die im Rahmen der aktuellen Finanzkrise zu neuer Bedeutung aufgestiegenen verschiedenen G - Formationen (G 20 etc.) waren Versuche einer Antwort. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Demokratie sind diese Versuche sehr unterschiedlich und auch durchaus kritisch zu beurteilen. Zum einen sind die Entscheidungen, mit denen diese Strukturen geschaffen wurden, von sehr unterschiedlicher demokratischer Qualität. Zum anderen läßt die demokratische Qualität der Entscheidungsprozesse in diesen internationalen Organisationen bzw. Strukturen selber zu wünschen übrig.

Während die UNO und ihre Teilorganisationen (ILO, WHO, Unctad, UNIDO, UNESCO etc.) noch in einem relativ umfassenden Prozeß unter Einbeziehung vieler Regierungen gegründet und auch erweitert wurden und von ihrer Verfassung her relativ demokratisch sind, sind andere Organisationen wie die im Zuge des Europäischen Wiederaufbaus geschaffene OECD wesentlich selektiver hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft bzw. entsprechen die Stimmgewichte nicht den tatsächlichen Gewichten der Staaten in der Welt(wirtschaft); dies gilt etwa für IWF und Weltbank, deren Governance-Strukturen seit einiger Zeit heftig debattiert werden.

Auch die Koordinierung der Zielsetzungen und der Aktivitäten der verschiedenen Organisationen und Formationen läßt zu wünschen übrig. Bestehende Internationale Organisationen verfolgen unterschiedliche, zum Teil einander widersprechende Ziele: Während die UNO mit ihrem Entwicklungsprogramm eine breite Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Visier hat und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit dem Decent Work Programm, der Kommission zur Sozialen Dimension der Globalisierung und dem Global Jobs Pact in erster Linie auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sozialen Schutzsysteme sowie die Bekämpfung der aktuellen Beschäftigungskrise zielt, sprechen Weltbank und Internationaler Währungsfonds in erster Linie von Armuts-, neuerdings auch Krisenbekämpfung und die WTO von den Segnungen des freien Welthandels.

Auch die Handlungsmöglichkeiten dieser Organisationen sind sehr unterschiedlich. Während Weltbank, IWF oder WTO über finanzielle Druckmittel in Verbindung mit Auflagen (die Conditionality des Washington Consensus) oder direkte Sanktionsmöglichkeiten verfügen, fehlen solche in der ILO. Manchen Organisationen werden zudem die Finanzmittel entzogen (die Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt), wenn sie „unbotmäßig“ handeln (UNO, UNESCO ...).

Auf regionaler Ebene wurden Strukturen der Zusammenarbeit von Nationalstaaten mit mehr oder weniger umfangreicher Abgabe nationaler Souveränitätsrechte geschaffen, deren erfolgreichstes und – trotz aller Defizite – demokratischstes Modell die EU ist.

Erstaunlicherweise verursacht gerade die EU – die trotz aller Defizite wesentlich demokratischer organisiert ist als die genannten internationalen Organisationen – mehr Auseinandersetzungen und mehr Ablehnung bei den Bürgern. Wahrscheinlich hängt dies damit zusammen, daß die internationalen Organisationen überwiegend außerhalb der Wahrnehmung der Bürger – vielfach auch der politischen Entscheidungsträger auf der nationalen Ebene – agieren.

Das entscheidende Problem besteht darin, daß für immer mehr Entscheidungen die nationale Ebene nicht mehr ausreicht, weil die Probleme auf der nationalen Ebene nicht mehr gelöst werden können. Das liegt u.a. daran, daß mit der neoliberalen Politikagenda von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung eine globale Arena geschaffen wurde, in der die treibenden Kräfte die global vernetzte Wirtschaft, besonders die Finanzwirtschaft sind. Demokratie und demokratische Verantwortung findet demgegenüber vor allem auf der nationalen (und der darunter liegenden regionalen und lokalen) Ebene statt.

Dazu kommt, dass die Entscheidungsprozesse in den internationalen Organisationen sind weitgehend bürokratiegetrieben sind und diese Logik impliziert, daß Debatten und Verhandlungen tendenziell im Rahmen des bereits Akkordierten bleiben, weil sonst von der politischen Ebene Mandate eingeholt werden müßten; das ist aufwendig, daher läßt man es. Bis die Debatte auf die politische Ebene kommt, sind die Dinge meist so festgefahren („festverhandelt“), daß es schwer ist, die Richtung zu ändern. Zudem entwickeln internationale Organisationen und die Akteure in ihrem Umfeld ein Eigenleben und Eigeninteressen.

c) Die Verschiebung der Macht von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft

Nach dem Abschluß der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, in der die Realwirtschaft im Mittelpunkt stand, wurde mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte in den 70er Jahren die Vorherrschaft der Finanzmärkte eingeläutet. In der Finanzwelt ist die Konzentration von Kapital und Macht noch größer als in der Realwirtschaft. Zudem verfügen die Finanzinvestoren mit neuartigen Finanzprodukten und Investitionsstrategien über Hebel, mit denen sie die Realwirtschaft steuern. Die Logik der Finanzmärkte wurde damit zur Logik, nach der sich das gesamte System richtete.

Der Einfluß der Finanzinvestoren auf die Realwirtschaft wurde 2005 vom damaligen deutschen Vizekanzler Müntefering treffend mit einer Invasion von Heuschrecken beschrieben. Die Gewerkschaften und viele andere kritisieren seit Jahren, daß die Realwirtschaft zunehmend nach der Logik der Finanzwirtschaft funktioniert. Kritische Stimmen sind im Übrigen der Meinung, daß die Finanzwirtschaft keine freie Marktwirtschaft sei, sondern ein riesiges Casino⁶ und daß sogar Casinos besser geregelt seien als die Finanzmärkte⁷.

Die Politik – vor allem in den angelsächsischen Ländern – sowie die internationalen Finanzorganisationen unterstützten diesen Prozess. Demokratisch legitimierte Regierungen haben die Regulierung der Finanzmärkte den vergangenen Jahrzehnten zunehmend an Expertengruppe und private Instanzen ausgelagert und damit eine neue Dynamik von Beteiligung und Ausschluß an den Entscheidungen über die Regulierung der Finanzmärkte zulasten demokratisch legitimierter Instanzen geschaffen, die die Bürger und ihre demokratisch gewählten Vertreter weitgehend von diesen Entscheidungsprozessen ausschließt⁸. Regulierungsprozesse wie Basel II, der Lamfalussy Prozess, Pensionsreformen, die Arbeiten der neuen Regulierungsgremien etc. schließen zahlreiche Akteure von der Mitwirkung an dieser Regulierung aus, obwohl sie von diesen Reformen direkt betroffen sind.

Die Regulierung der Finanzmärkte betrifft nicht nur diese Märkte und ihre Akteure, sie hat breite Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Wie andere

⁶ Heiner Flassbeck in einem Vortrag in Linz am 6.10.2009

⁷ John Monks (2008): Saving capitalism from the speculators, in: Europe's World, Autumn 2008.

⁸ Cf. dazu und im folgenden: Peter Mooslechner, Helene Schuberth, Beat Weber (Eds): The Political Economy of Financial Market Regulation. The Dynamics of Inclusion and Exclusion; UK – USA 2006.
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc

Bereiche sind auch Finanzmärkte charakterisiert durch die zunehmende Rolle von nicht-staatlichen und privaten Akteuren sowie die Verlagerung von politischer Autorität auf supranationale Ebene (Internationale Organisationen), die einen Teil der Autorität der Nationalstaaten in den Reformprozessen übernehmen. Damit verändert sich die Logik der demokratischen Verantwortung (accountability), die ursprünglich auf die nationale Ebene beschränkt ist. In wesentlichen Bereichen der Politik hat diese „multi-level governance“ durch supranationale, private, oder technische (Experten) Quellen der Autorität die traditionellen Mechanismen demokratischer Verantwortung, die auf der Autorität der Nationalstaaten beruhten, unterminiert⁹. Im Bereich der globalen Finanzmärkte hat der Staat eine besonders weitgehende Verlagerung regulatorischer Kompetenzen an private Institutionen – in Form von Auto-Regulierung und Co-Regulierung, die beiden Säulen des Better-Regulation-Programms nicht nur der EU – zugelassen (z.B. freiwillige Codes of Conduct, Principles of Corporate Governance etc.).

Begründet wurde dies damit, daß Experten – im Gegensatz Politikern - unabhängig und kompetent sind und daher die besten Entscheidungen treffen. Daß diese Entscheidungen aber immer in einem Feld konfligierender Interessen getroffen werden und diese Interessen nur in einem demokratischen Prozess abgewogen und Entscheidungen im Interesse aller nur in demokratischen Prozessen getroffen werden können, wurde jahrelang als rückständig und nicht effizient (im Sinne der Efficient Market Hypothese) abgetan.

Dazu kommt, daß die Produkte und Prozesse auf den Finanzmärkten hochkomplex sind, und Kenntnisse und Know how nicht im allgemeinen Bildungswesen vermittelt werden, sondern in teuren (Elite-) Universitäten, MBA- und anderen Postgraduate-Programmen oder sonstigen Bildungseinrichtungen mit beschränktem Zugang (Firmenakademien etc.). Damit schafft diese Elite die Voraussetzungen dafür, daß nur sie selber versteht, was in den Finanzmärkten vor sich geht und daher auch nur sie selber die Entscheidungen darüber treffen kann, wie diese Märkte reguliert werden¹⁰. Sie entzieht damit diesen Bereich – dessen Logik und (Verteilungs-) Wirkungen weit über die Finanzmärkte selber hinauswirkt in die

⁹ Peter Mooslechner et al (2006), s. XIII.

¹⁰ Dieses Prinzip gilt im übrigen nicht nur für die Finanzmärkte. Ganz generell läßt sich eine Dualisierung des Bildungswesens feststellen, in dem entscheidendes Know how den Eliten vorbehalten bleibt und Bildung für alle – auch im Tertiären Bereich - standardisiert und auf die Verwertbarkeit für die Wirtschaft verengt wird. Cf Emmanuel Todd – siehe oben Punkt 2.

Realwirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes - den demokratischen Entscheidungsprozessen.

Die Ergebnisse sind bekannt: Sinkender Einfluß demokratisch legitimierter Entscheidungsträger eröffnet ungeahnte Spielräume für Finanzmarkt-Akteure, Lobbies und globale Eliten. Diese gestalten die Finanzmärkte nach ihren eigenen Interessen. Banken, Fonds und andere Akteure werden wegen ihrer schieren Größe und auch wegen der systemischen Bedeutung für die gesamte Wirtschaft „zu groß zum Scheitern“. Damit wird Politik erpressbar und die Bürger zahlen für das Fehlverhalten eines ganzen Sektors, der schon seine Profite auf Kosten der realen Wirtschaft und der Bürger erzielt und dessen Verluste erst recht den Bürgern aufgebürdet werden. Die massive private Verschuldung, die sich in diesem System aufgebaut hat, wurde im Zuge der Krise von der öffentlichen Hand übernommen – der nächste Schritt sind Ausgabenkürzungen und die treffen die Bürger.

Joseph Stiglitz hat vor diesem Hintergrund vor kurzem gefordert, daß das Finanzsystem oder zumindest Teile davon eigentlich als Leistung der Daseinsvorsorge konzipiert werden müßten¹¹, weil Finanzdienstleistungen ebenso wie physische Infrastrukturen (Strassen, Energie etc.) eine wesentliche Infrastruktur für die moderne Wirtschaft darstellen und daher nicht privatwirtschaftlichen und sektoriellen Logiken unterworfen werden dürfen.

Ein Geniestreich in diesem Zusammenhang waren die Pensionsreformen, die von der Weltbank in den 1980er (Chile) und 1990er (Lateinamerika und Transformationsländer) Jahren u.a. mit der Begründung betrieben wurden¹², daß die Finanzmärkte in den betroffenen Ländern entwickelt werden müssten. Mit der Umstellung auf kapitalgedeckte Pensionssysteme, in denen Pensionsfonds, die mit dem Kapital der Arbeitnehmer arbeiten, gleichzeitig mit ihren Investitionen Unternehmen und die in diesen beschäftigten Arbeitnehmer unter zunehmenden Renditedruck setzen, wurden die Arbeitnehmer der Logik der Finanzmärkte unterworfen und außerdem gespalten (ein besonders smartes Beispiel des divide-et-impera).

¹¹ Joseph Stiglitz bei der Präsentation des Berichts der von Präsident Sarkozy eingesetzten „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ am 14. September 2009 in Paris.

¹² Mittlerweile ist es nicht mehr nur die Weltbank – diese hat sich sogar nach dem Bekanntwerden der Mißerfolge dieser Reformen in Lateinamerika wieder zurückgezogen und ist mittlerweile erstaunlich still.
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabeled.doc

Die entscheidende Frage: Wo war die demokratische Mitentscheidung? Und wie bringen wir diesen Sektor zurück unter demokratische Kontrolle?

d) Die geographische Machtverschiebung - Der neue Stellenwert der Emerging Economies

Die zunehmende wirtschaftliche Stärke der Schwellenländer verändert nicht nur die Weltwirtschaft, sie hat auch weitreichende politische und gesellschaftliche Konsequenzen. Diese reichen von den wirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Integration in die Weltwirtschaft (inklusive der Ungleichgewichte in den Import- und Exportbeziehungen und ihren finanzwirtschaftlichen Folgen), über die Auswirkungen des zusätzlichen Ressourcenverbrauchs (der über Exporte größtenteils auf das Konto der Industrieländer zu buchen wäre), die neue (Finanz-)Macht der Sovereign Wealth Funds, die Landkäufe in den ärmeren, aber rohstoffreichen Entwicklungsländern (besonders Afrika), ihren berechtigten Anspruch auf entsprechende Mitentscheidung (Stimmenanzahl) in den internationalen Organisationen bis hin zu einem steigenden Druck auf Arbeits- Sozial und Umweltstandards . infolge großer Diskrepanzen.

e) Etablierung und Verfestigung der Hegemonie über die öffentliche Debatte

Neben diesen Machtverschiebungen wurde mit verschiedenen Methoden und Instrumenten auch eine Hegemonie über die öffentliche Debatte etabliert, um diese in eine das System stabilisierende Richtung zu beeinflussen. Dazu zählen die Etablierung eines bestimmten ökonomischen Modells als Mainstream und zur Rechtfertigung eines bestimmten Politik-Ansatzes, kombiniert mit der Diskreditierung anderer und kritischer Ansätze bis hin zur beruflichen Sanktionierung kritischer Stimmen, die (Nicht-) Zulassung von Fragestellungen, Gründung und Ausbau von Think Tanks (besonders augenfällig und trotzdem zu wenig beachtet in Osteuropa nach der Wende), die Verwendung sowie positive oder negative Besetzung und ständige Wiederholung von Schlüsselwörtern, Schlüsselbegriffen und Schlüsselbotschaften (Märkte sind effizient, Free Trade is efficient, Sachzwang, Strukturreformen...) , die pejorative Umdeutung von politischen Konzepten – auch solchen, die Kernelemente der Demokratie sind wie z.B. Gleichheit (verunglimpft durch den Begriff Gleichmacherei) oder Solidarität, die gezielte Erstellung und Verwendung von Indizes (BIP, Economic Freedom Indizes, Doing Business der Weltbank etc.) bzw. die Diskreditierung oder Nichtzulassung anderer Indizes (anstelle des BIP – das ändert sich aber gerade). Weitere

probate Mittel sind das Vergleichen von Äpfeln und Birnen (besonders beliebt in der Debatte um Pensionssysteme), oder das Nutzen des Bedürfnisses nach Anerkennung, mit dem man potentiell kritische Stimmen in den Mainstream „einordnet“. In schweren Fällen greift man auch zu beruflichen oder politischen Sanktionen.

Indizes, denen man in der Regel einen wissenschaftlichen Mantel umhängt, sind ein probates und verbreitetes Mittel, um die Hegemonie über die öffentliche Debatte zu etablieren und zu stärken. So gibt es bspw. wesentlich mehr Indizes zur Messung von Freiheit (zentraler Wert im Kapitalismus) als zur Messung von Gleichheit (zentraler Wert in der Demokratie). Einen umfassenden Überblick über Indizes zu geben würde den Rahmen sprengen – ich halte es allerdings für nützlich, dieser Frage einmal gezielt nachzugehen und zu untersuchen, wer welche Indizes mit welchen Zielsetzungen erstellt und kommuniziert und wie damit die öffentliche Debatte beeinflusst wird.

4. Was bedeuten diese Machtverschiebungen und die Herausbildung neuer, demokratisch nicht kontrollierbarer Eliten für die Demokratie?

Demokratische Entscheidungsprozesse „hören quasi an den Grenzen der Nationalstaaten auf“. Entscheidungsprozesse auf der internationalen Ebene finden fernab von jenen demokratischen Verfahren statt, wie sie auf der nationalen – und tlw. Europäischen Ebene – selbstverständlich sind (Transparenz, Einbindung der Parlamente, der Sozialpartner etc.).

Die Treiber in internationalen Entscheidungsprozessen sind nationale und internationale Eliten, Bürokratien und Lobbies. David Rothkopf spricht in diesem Zusammenhang von einer globalen Elite¹³, die ihre eigenen Interessen verfolgt und mit den Anliegen und Sorgen der meisten Menschen nicht viel zu tun hat. Sie agiert in einem Feld, das weitgehend unreguliert ist, nationale Souveränität stellt für sie eine Bedrohung dar¹⁴. Es ist ein Kampf um die Neuverteilung der Macht, der aber außerhalb demokratischer Institutionen und Legitimierung stattfindet. Emmanuel Todd ist der Meinung, daß freier Welthandel mit Demokratie nicht vereinbar ist¹⁵. Pascal Lamy hat, als er noch EU-Kommissar war, eine Debatte um den Begriff

¹³ David Rothkopf (2008) : Superclass – The World Power Elite and the World they are making, New York 2008

¹⁴ David Rothkopf (2008), S. 13ff

¹⁵ Emmanuel Todd (2002): Weltmacht USA – Ein Nachruf; München-Zürich 2002
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc

der Collective Preferences¹⁶ gestartet. Die These dabei war, daß es in einzelnen Ländern kollektive Präferenzen gebe, die sich zum Teil im Widerspruch zu den Grundsätzen des freien Welthandels und der Globalisierung befinden, die aber, weil es kollektive Präferenzen sind, ihre Berechtigung haben. Diese Debatte ist mit seinem Wechsel in die WTO abgebrochen. Lamy war meines Wissens auch der einzige, der in „seiner“ WTO eine Debatte über eine parlamentarische Dimension für die WTO gestartet hat. Ich weiß allerdings nicht, was daraus geworden ist.

Damit stellt sich die Frage, warum man Demokratie nicht auf die internationale Ebene „verlängert“. Das klingt einfach und plausibel, ist aber in der Praxis sehr schwierig. Zum einen muß Demokratie gegen die Interessen herrschender Eliten erkämpft werden (das war auch auf der nationalen Ebene so). Das wiederum setzt voraus, daß die Entscheidungsträger auf der nationalen Ebene das Problem auch erkennen und sich dafür interessieren. Zum anderen braucht Demokratie, damit sie funktioniert, eine den Bürgern relativ nahe Ebene. Anders formuliert: je weiter die Entscheidungsebene von den Bürgern entfernt ist (je größer die Räume, in denen Entscheidungen getroffen werden), desto schwieriger wird es, diese Entscheidungsstrukturen und –prozesse demokratisch zu organisieren.

Dies hat mehrere Gründe: erstens sind die Fragen und Themen zu weit weg vom Alltag der Menschen, zweitens sind die Akteure zu weit weg, man kann sie nicht direkt haftbar machen. Sich der Verantwortung zu entziehen oder Verantwortung diffus zu machen, ist daher leichter. Das allerdings schwächt die Demokratie – weil es das Vertrauen der Bürger schwächt: die Bürger identifizieren sich weder mit den Themen (es diskutiert auch niemand mit ihnen darüber, vielfach finde diese Diskussionen nicht einmal in den nationalen Parlamenten statt) noch mit den Akteuren (diese sind alle viel zu weit weg und es ist mühsam zu organisieren).

Demokratisch gewählte Regierungen verlieren an Macht und Problemlösungskompetenz, weil Demokratie nach wie vor auf der nationalen Ebene agiert und die gewählten Repräsentanten sich auch nach wie vor auf der nationalen Ebene legitimieren (müssen). Viele Probleme können aber auf der nationalen Ebene nicht mehr gelöst werden.

¹⁶ Pascal Lamy (2004): The Emergence of Collective Preferences in International Trade: Implications for regulating Globalisation.
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc

Das Vertrauen der Bürger sinkt. Die Bürger gehen auf Distanz zum politischen Establishment und wenden sich von Politik und Demokratie ab: Die Beteiligung an Wahlen sinkt¹⁷. Das begünstigt politische Extreme ebenso wie Populisten oder jene Kräfte, die es schaffen, den Bürgern einzureden, sie sitzen in einem gemeinsamen Boot, während sie in Wirklichkeit ihre eigenen partikularen Interessen verfolgen.

Im Rahmen der aktuellen Finanzkrise lässt sich das gut beobachten: Im ersten Moment – vor allem nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers - waren der Schock und die Konfusion groß: alle sprachen von einer Systemkrise, die man beheben und daher am System Reparaturen vornehmen müsse. Nach dieser Schockphase - die etwa vom Zusammenbruch von Lehman-Brothers im September 2008 bis Ende 2008 gedauert hat - wurde zwar weiterhin von der Notwendigkeit der Maßnahmen zur Krisenbekämpfung gesprochen; im gleichen Atemzug wurde allerdings auch auf die Notwendigkeit von Exit Strategien, der Weiterführung und Intensivierung von Strukturmaßnahmen (sprich Deregulierung) verwiesen. Es wird sogar ganz offen ausgesprochen, daß man die Krise nützen müsse, weil man in der Krise Strukturreformen durchbringen könne, die man in normalen Zeiten nicht durchbringen würde. Mittlerweile schreiben die internationalen Organisationen (vor allem IWF und OECD) zusammen mit den im Zuge der Krise zum neuen Akteur aufgestiegenen G 20 – bzw.einer ganz neuen (noch engeren und daher demokratiepolitisch mindestens ebenso fragwürdigen) G 4 Gruppe¹⁸ - die neue Weltwirtschaftsordnung. Diese Prozesse laufen an etlichen nationalen Entscheidungsträgern und demokratischen Verfahren weitgehend vorbei.

5. Was tun ?

Notwendige Schritte für den politischen Turnaround

Der erste und schwerste Schritt ist das Erkennen der Zusammenhänge¹⁹. Dies ist deswegen so schwierig, weil wesentliche Fragen nicht diskutiert werden. Prof. Rothschild kritisiert schon

¹⁷ Beim Referendum in Irland über den EU-Vertrag im Juni 2008 haben 22% der Nein-Stimmen dies mit einem Mangel an Vertrauen in die Politik begründet; siehe Euractiv 20.Juni 2008, No-voters believe in treaty-renegotiation, <http://www.euractiv.com/en/opinion/voters-believe-treaty-renegotiation/article-173551> - Mittlerweile hat - mitbegründet durch die Krise – Irland in einem zweiten Referendum mit Zwei-Drittel-Mehrheit den Lissabon-Vertrag akzeptiert.

¹⁸ Der ORF meldet am 6.Oktober, daß die USA hinter den Kulissen bereits an einer neuen G-4 – Runde bestehend aus den USA, China, Japan und der Euro-Zone arbeiten, die in der Weltwirtschaft das Sagen haben soll (www.orf.at, 6.10.2009: USA wollen alte Verbündete aussperren).

¹⁹ Robert Reich: Wie der Kapitalismus die Demokratie umbringt, s. 106 - www.europaeische-rundschau.at/2007/Inhalt_2007_4_files/Reich.pdf
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc

seit Jahrzehnten, daß Macht in der Wirtschaftstheorie nicht vorkommt²⁰. Der Primat der Wirtschaft, cf dazu die Neuformulierung der Lissabon Strategie 2005, ist ein weiterer Grund. Wenn alle anderen Bereiche der Wirtschaft untergeordnet werden und die Debatte von Sachzwang und Reformbedarf geprägt wird²¹, darf man sich nicht wundern, daß entscheidende Zusammenhänge verborgen bleiben.

Wenn es stimmt, daß Demokratie die kleine Einheit voraussetzt und ohne die Nähe der Menschen, ohne einheitliche Sprache, ohne gelebte Öffentlichkeit allenfalls eine formale Demokratie (Wahlen) möglich ist, nicht aber eine materielle Demokratie²², dann bedeutet dies eine entscheidende Herausforderung in einer Welt, in der die Wirtschaft global handelt, der Staat europäisch wird, die Demokratie vor allem national ist und viele Forderungen lokal sind²³.

Es bedeutet in erster Linie, daß der öffentliche Diskurs verändert und ausgeweitet werden muß. Eine kontinuierliche, offene politische Debatte mit den Bürgern ist die Voraussetzung für eine Änderung der politischen Dynamik. In den letzten 30 - 40 Jahren hat der neoliberale Mainstream die Hegemonie über die politische Debatte erobert. Er hat bestimmt, welche Themen Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind, wer mitreden darf und in welcher Form etc. Der Diskurs war damit ein wirksames Instrument in den Händen der globalen Eliten.

Stattdessen brauchen wir eine öffentliche Debatte, die die wichtigen Fragen stellt bzw. zuläßt und die Notwendigkeit eines neuen Wachstums- und Entwicklungsmodells thematisiert, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die Demokratie braucht selbstbestimmte und gebildete Bürger, die in der Lage sind, sich ein Urteil über die res publica, die öffentlichen Belange zu bilden und den herrschenden Eliten zu widersprechen²⁴. Das erfordert u.a. eine ausreichende politische Bildung, ein Lernen, wie Demokratie und demokratische Entscheidungsfindung funktioniert.

²⁰ Helmut Kramer Laudatio für Professor Kurt W. Rothschild zu seinem 90. Geburtstag
[www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/VT_2004_93\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/VT_2004_93$.PDF)

²¹ Vgl. dazu die kritische Serie im Standard 2003-2004.

²² Karl Albrecht Schachtschneider: Demokratie versus Kapitalismus. Vom Recht des Menschen, Erlangen-Nürnberg, Juli 2001, s.3

²³ Alain Touraine: Loblied auf die Zivilgesellschaft; Die Zeit, 2.12.1999

²⁴ Norman Birnbaum: Über den Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie –
<http://www.zeit.de/1997/44/kapitali.txt.19971024.xml>
rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc

Im Grunde wäre das ganz einfach und man könnte schon im Kindergarten damit beginnen, daß die Kinder lernen – und üben- wie man in der Gruppe Entscheidungen trifft, die alle zufriedenstellen, z.B. welche Spiele gespielt werden sollen, oder wer welche Aufgaben übernimmt. In den darauf folgenden Altersstufen könnte man adäquate Modelle entwickeln, um die Kinder und Jugendlichen mit der Demokratie vertraut zu machen.

Es wird aber nicht gemacht, weil es dazu führen würde, daß die Menschen zu emanzipierten Bürgern erzogen werden, die den herrschenden Eliten unbequem werden könnten.

Bleibt die Frage: Was ist mit dem Gesellschaftsvertrag, der uns vor der Herrschaft einzelner bewahrt und den Bürger von allen Formen der Unterdrückung befreit?²⁵ Hier liegt eine der entscheidenden Antworten für die Demokratie, nämlich: ob und in welcher Form es gelingt, eine (neue) Balance zwischen verschiedenen Interessen zu schaffen und einen „Gesellschaftsvertrag“ zu vereinbaren, der von allen Gruppen akzeptiert wird. „Im Kern der Debatte handelt es sich darum, zu sehen, wie wir unsere Gesellschaften führen und das richtige Gleichgewicht in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einer globalisierten Wirtschaft zustande bringen.“²⁶ Eine solche Balance zu finden setzt allerdings voraus, dass man eine gemeinsame Vision hat.²⁷ Ich bin nicht sicher, ob diese gemeinsame Vision existiert.

²⁵ Alain Touraine: Loblied auf die Zivilgesellschaft, Die Zeit, 2.12.1999

²⁶ John Monks in einer Veranstaltung am 20.9.2007 in Brüssel über Flexicurity oder Flexploitation

²⁷ Jacques Delors in einer Diskussion am 28.5.2008 anlässlich der 50-Jahr-Feier des Bestehens des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

rebecca hd:Users:Rebecca:Desktop:Beitrag_EvaBelabed.doc